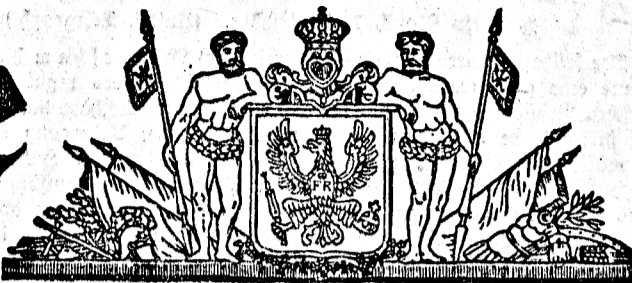


Vossische Zeitung



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“...

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.)...

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Baohmann in Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800 bis 11 852, sowie 15 277 und 15 281 bis 15 298. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Kohle aus Asche.

Ein neues Krupp-Patent.

Von der Fried. Krupp-Altiengesellschaft, Grusonwerk, in Magdeburg wird uns geschrieben:

„Unermüdblicher Ingenieurarbeit ist es gelungen, ein selbst in Fachkreisen größtes Erstaunen erregendes Verfahren ausfindig zu machen, um die in den Feuerungsrückständen (Asche) enthaltenen Brennstoffe wiederzugewinnen. Der Allgemeinheit dürfte kaum bekannt sein, daß die Aschen noch 10 bis 50 Prozent und mehr unverbrannte Bestandteile (Koks und Kohle) enthalten, die bisher der Brennstoffwirtschaft zum allergrößten Teil verloren gegangen sind. Um welche beträchtlichen Brennstoffmengen es sich dabei handelt, zeigt folgende Uebersetzung:

Der Kohlenverbrauch Deutschlands betrug im Frieden rund 150 Millionen Tonnen jährlich. Rechnet man jetzt mit nur 100 Millionen Tonnen Kohlenverbrauch und einem Aschenanteil von etwa 20 Millionen Tonnen, so ergibt sich eine Menge von mindestens 5 Millionen Tonnen unverbrannter Brennstoffe in den Aschen. Die Reichseisenbahnen allein verbrauchen etwa 15 Millionen Tonnen Kohle jährlich; dem entspricht ein Aschenanteil von etwa 2 1/2 Millionen Tonnen und eine Menge daraus wiederzugewinnender Kohle von etwa 1 Million Tonnen, das sind 100 000 Eisenbahnwagenladungen.

Die Ruhrbarmachung der in den Feuerungsrückständen enthaltenen Brennstoffe ist daher von allergrößter Bedeutung für alle industriellen Unternehmungen, Gasanstalten, Elektrizitätswerke, die Schifffahrt usw. Nach dem neuen, von Fried. Krupp Altiengesellschaft Grusonwerk in Magdeburg-Budau während des letzten Jahres durchgeführten und praktisch erprobten Verfahren wird die Asche — im Gegensatz zu älteren und neueren Raffverfahren — auf trockenem Wege in ihre Bestandteile: Schlacke, Koks und Kohle, zerlegt. Es wird kein Wasser oder irgendeine andere Flüssigkeit angewendet, und die Brennstoffe werden in trockenem Zustand gewonnen, so daß sie ohne besondere Trocknung verfeuert werden können. Auch die feinen Brennstoffteile werden dabei ausgeschieden und können verwertet werden.

Das Verfahren beruht auf den magnetischen Eigenschaften der eisenhaltigen Schlacken. Es ist vom Grusonwerk zum Patent angemeldet worden und die Anmeldung ist vom Patentamt vor einigen Wochen im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. In den heutigen Zeiten größter Brennstoffnot verspricht dieses neue Verfahren von ganz hervorragender Bedeutung, besonders für die Volkswirtschaft Deutschlands, zu werden.“

Professor Dr. Kurt Arndt von der Technischen Hochschule in Charlottenburg erklärt uns auf Befragen: Zweifellos wird es viele Fälle geben, in denen das neue Verfahren eine ganz bedeutend bessere Ausnutzung der Steinkohle ergeben wird. Es ist deshalb sicher mit Freuden zu begrüßen. Immerhin ist zu bemerken, daß ein so hoher Prozentgehalt an unverbrannter Kohle wohl nur bei besonders ungünstigen Verhältnissen vorhanden sein dürfte, denn im allgemeinen wird bei guter Feuerung und bei nicht zu schlackenreicher Kohle der Brennstoff weit vollständiger ausgenutzt werden, so daß eine Verallgemeinerung der obigen Zahlen kaum berechtigt ist.

Der Mittellandkanal.

Die Südlinie im Ausschuss angenommen.

Im Mittellandkanalaussschuss der Landesversammlung wurde die Vorlage der Regierung, die sich für die Südlinie entschieden hat, mit großer Mehrheit angenommen. Bis zur zweiten Lesung, die in der nächsten Woche beginnen soll, wird das von der Regierung in Aussicht gestellte Projekt zur Verbindung des mitteldeutschen Industriegebietes mit dem Mittellandkanal samt den einzelnen dazu erforderlichen Unterlagen von der Regierung dem Ausschuss vorgelegt werden.

Am 11. wird gemeldet: Am Dienstag vormittag empfing der Reichs-Lanzler im Beisein des Reichsverkehrsministers die Wirklichen Geheimen Räte Boden, Koch und Ministerialdirektor Münzel, die namens der Regierungen von Anhalt, Braunschweig, Bremen, Oldenburg, Sachsen und Thüringen die Wünsche bezügl. der Frage der Fortsetzung des Mittellandkanals vortrugen. Sie baten die Reichsregierung, die Kanalfrage als eine Sache des Reiches zu betrachten und schon vor Uebernahme der Wasserstraßen auf das Reich die Vorarbeiten und Planungen für die Fortführung und Vollendung des Mittellandkanals in Angriff zu nehmen und dabei den gesamten deutschen

hollwirtschaflichen Interessen und insbesondere der Bedeutung des mitteldeutschen Industriegebietes durch Berücksichtigung der Vorschläge für eine südliche Linienführung mit Anschluß an Bernburg-Weipzig Rechnung zu tragen. Der Reichsverkehrsminister betonte unter Billigung des Reichs-Lanzlers, daß die Reichsregierung frei in ihren Entschlüssen sei und unvoreingenommen und objektiv an die Prüfung der Projekte herangehen werde. Die Angelegenheit soll nach Möglichkeit beschleunigt werden.“

Spa und Oberschlesien.

Eine deutsche Note.

Eine vom 1. September datierte Note über die Wirkung der oberschlesischen Unruhen, die von der deutschen Friedensdelegation in Paris zur Friedenskonferenz überreicht wurde, wird erst jetzt veröffentlicht. Der Inhalt ist zum Teil überholt, so der Hinweis auf die Sperrung der Kohlenlieferungen aus Oberschlesien durch die Interalliierte Kommission.

Die Note weist im Übrigen darauf hin, daß es unter rücksichtslosen Eingriffen in die Verfolgung der deutschen Kohlenverbraucher gelungen sei, die in Spa übernommenen Lieferungsverpflichtungen zu erfüllen. Durch die oberschlesischen Unruhen sei aber die Hoffnung, durch Mehrarbeit die oberschlesische Kohlenförderung zu steigern, ins Gegenteil verkehrt worden. Die Note schließt folgendermaßen:

„Wie die deutsche Delegation in Spa dargelegt und die dortige Konferenz durch den Mund des Ministerpräsidenten Herrn Lloyd George und des Präsidenten der Konferenz Herrn Delacroix ausdrücklich anerkannt hat, ist die Ausführung des Kohlenabkommens vom 18. Juni d. J. abhängig von einer ausreichenden Belieferung Deutschlands mit oberschlesischer Kohle.“

Paris, 8. September. (W. L. B.)

Wie der „Petit Parisien“ vom Arbeitsminister Le Troquer erfuhr, hat Frankreich im August außer den deutschen Kohlenlieferungen 800 000 Tonnen aus England, 280 000 aus Amerika und 80 000 aus Belgien eingeführt und außerdem 1 650 000 selbst gefördert, so daß es im August insgesamt 4 380 000 Tonnen erhalten hat. Der Reservevorrat der französischen Eisenbahnen, der im Januar nur 180 000 Tonnen betragen habe, beziffere sich jetzt auf 800 000 Tonnen, das sei der normale Durchschnittsstand vor dem Kriege. Der Reservevorrat der Pariser Gasanstalten, der im Jahre 1919 nie höher als 25 000 Tonnen gewesen sei, übersteige heute 900 000 Tonnen. Der Reservevorrat der Seine-Präfektur sei gegen 60 000 Tonnen im Vorjahre auf 150 000 Tonnen erhöht. Der Vorrat der Gasanstalten der Vannmeile habe sich verdoppelt. Trotz dieser Auffüllung der Reserven seien noch beinahe 370 000 Druckkohle geliefert worden.

Die Arbeiterbewegung in Italien.

Ein rein wirtschaftlicher Kampf.

In der „Vossischen Zeitung“ wurde schon vor ein paar Tagen davor gewarnt, die Bedeutung der Bewegung unter den italienischen Metallarbeitern zu überschätzen und zu glauben, daß hier an einem bolschewistischen Umsturz gearbeitet würde. Es ist, vielleicht mit etwas gewaltsamen Mitteln geführt, ein rein wirtschaftlicher Kampf zwischen Kapital und Arbeit geblieben, wozu übrigens die kluge und abwartende Haltung der Regierung wesentlich beigetragen hat. Das allgemeine Leben geht in Italien trotz der besetzten Fabriken und einiger Machinengewehre in den Straßen seinen ruhigen Gang weiter. Und das Vertrauen der Regierung, die an den schließlichen Sieg des gesunden Menschenverstandes der italienischen Bevölkerung zu glauben erklärte, scheint schon jetzt volle Rechtfertigung zu erfahren. Auch die folgende Meldung beweist, daß die ganze Bewegung keine Störfkraft hat.

Rom, 8. September. (W. L. B.)

Der „Corriere della Sera“ schreibt, die sozialistischen Abgeordneten hätten erklärt, sie seien überzeugt, daß der Konflikt in der Metallindustrie leicht beigelegt werden könnte. Auch der Sekretär des Allgemeinen Italienischen Arbeiterbundes habe sich optimistisch ausgesprochen. Nach Blättermeldungen soll die erste Zusammenkunft der Arbeiterdelegierten mit den Fabrikbesitzern in Mailand stattfinden. Der Widerstand des technischen Personals unter den Fabrikangestellten gegen die Metallarbeiter wachse. Die Ausführung der Arbeit ohne die nötige technische Leitung verurteile den Arbeiter große Schwierigkeiten. Auf das Spezialistenpersonal werde ein Druck ausgeübt, um es zu bewegen, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen. Der Verband der Ingenieure nehme jedoch den Arbeitern gegenüber eine ablehnende Haltung ein.

Nach einem Telegramm des Mailänder „Corriere della Sera“ ist der Generalstreik in Triest beigelegt worden. Die Zeitungen sind wieder erschienen.

Die Schürker des Saarlands.

Ein Kapitel über Propaganda.

In der vorigen Woche wurde durch eine halbamtliche Berliner Nachrichtenstelle die Mitteilung verbreitet, der Rat des Bundes habe die Demission des heimischen Mitglieds der Regierungskommission für das Saarland, Alfred v. Boch, angenommen, dessen Stellvertretung dem Direktoriatat Kosmann übertragen worden sei. Die „Vossische Zeitung“ hat diese Meldung im Morgenblatt vom 4. September wiedergegeben und mit einigen sachlichen Erläuterungen über die Persönlichkeit Kosmanns, die weiteren Kreisen unbekannt ist, versehen. Das ist der ganze Tatbestand. Die „Schürker des Saarlandes“ aber, die seit einiger Zeit in der deutschen Öffentlichkeit ihr Wesen treiben, wissen es besser. Sie haben „Zusammenhänge“ entdeckt, und ein führendes süd-deutsches Blatt gibt sich dazu her, sie „aufzudecken“. Es sei, so wird dort erklärt, selbstverständlich gewesen, daß Kosmann mit der Stellvertretung beauftragt worden sei, denn er sei der rangälteste Beamte in dem Ressort Bochs. Deshalb sei es „merkwürdig“, daß jetzt, mehrere Wochen später, zwei Zeitungen die Meldung zu einer „etwas auffälligen Notiz“ verarbeitet hätten.

„Und zwar sind,“ so heißt es wörtlich weiter, „diese beiden Blätter gerade der die französische Politik im Saargebiet vertretende „Neue Saarkurier“ und die „Vossische Zeitung“. Soll damit auf die bevorstehende Ernennung des Herrn Kosmann zum Mitglied der Regierungskommission vorbereitet werden? Die Vermutung liegt nahe, denn er erfreut sich des besonderen Vertrauens der Franzosen. Kosmann gehörte als Mitglied des Zentrums dem alten Reichstag und der Nationalversammlung an, und war von Beruf Arbeitersekretär im Verband der katholischen Arbeitervereine (Süd-Berlin). Als solcher wurde er in die Zentralverwaltung berufen, doch wissen wir nicht, ob er heute noch als Vertrauensmann auch nur der katholischen Arbeiterschaft angesehen werden kann. Denn inzwischen hat Kosmann in einer politischen Versammlung vergangenes Frühjahr eine Rede gehalten, die bei seinen bisherigen Anhängern, gelinde gesagt, äußerstes Verwundern erregt hat. Er wandte sich damals gegen die großen März-Rundgebungen der saarländischen Bevölkerung aller Parteien für ihr Deutschtum, und er verteidigte die Gewaltpolitik der französischen Bergbehörden, indem er überflüssige Zerstörungen der deutschen Kriegführung in Frankreich kritisierte. Diese Kritik machte nicht den Eindruck, als sei sie einem rein pazifistischen Herzen entsprungen, aber auf darauf hatte Herr Kosmann seine Ernennung zum Oberregierungs-

rat.“ Die „Vossische Zeitung“ hat sich das Mißfallen der Kreise, die bis jetzt gewerbsmäßig Tendenznachrichten aus dem Saargebiet verbreiteten, dadurch zugezogen, daß sie durch ein Redaktionsmitglied an Ort und Stelle Stimmung und Wünsche der deutschen Bevölkerung zu erkunden versucht hat. Hätte unser Berichterstatter das Glück gehabt, dasselbe zu sehen und zu hören, was er bei einem Gang zu den amtlichen oder halbamtlichen Nachrichtenstellen in Berlin hätte erfahren können, so wäre man mit der „Vossischen Zeitung“ in hohem Maße zufrieden gewesen. Leider haben die — zweifelsfrei national gesinnten — deutschen Persönlichkeiten, die im Saarland selbst befragt wurden, die Möglichkeit einer unmittelbaren Aussprache dazu benützt, ihre Entrüstung über die Irreführung der öffentlichen Meinung und über die schweren Schädigungen auszusprechen, die der Bevölkerung durch Leute zugefügt werden, die es ganz überflüssigerweise als ihre Aufgabe ansehen, die deutschen Saarländer darüber zu belehren, was sie für die Erhaltung ihres Deutschtums zu tun hätten. Die Saarländer sind nämlich der Meinung, daß es keine Macht der Welt gibt, die stark genug wäre, ihr Deutschtum anzutasten oder zu verfälschen. Sie harren auf ihrem Posten aus und beweisen so auf ihre Art ihre Treue zum Deutschtum, während andere beim Ausbruch des Beamtenstreiks auf die bloße Möglichkeit von Unannehmlichkeiten hin die Flucht über den Rhein ergriffen.

Ob irgendwelche Kreise im Saarland eine Ernennung Kosmanns zum Nachfolger Bochs wünschen oder nicht wünschen, ist uns nicht bekannt. Seine Berufung in die Saarregierung durch die Regierungskommission ist seiner Zeit offenbar erfolgt, um die Parität herzustellen, da er als früherer Reichstagsabgeordneter des Zentrums als Vertrauensmann der katholischen Arbeiterkreise gelten konnte, während der Vorliegende des Gewerkschaftsrates Saarbrücken, der jetzige Oberregierungsrat Herr Fuhrmann, als Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterkreise mit der Leitung der sozialpolitischen Angelegenheiten betraut wurde. Herr Kosmann war uns bisher nur aus biographischen Nachschlagewerken und aus unserem Archivmaterial bekannt. Was in der oben wiedergegebenen Notiz über ihn gesagt wird, ist uns ebenso neu wie die Behauptung, die wir nicht nachprüfen können, daß der „Neue Saarkurier“ sich mit feiner Kandidatur irgendwie befaßt habe. Wir vermuten, daß wir die Ehre, in